

# Entschließungsantrag

der Bundesräte Ofner, Leinfellner, Mühlwerth  
und weiterer Bundesräte

## **betreffend sofortiger Schutz Österreichs Grenzen**

eingebraucht im Zuge der Debatte über die dringliche Anfrage der Bundesräte Leinfellner, Ofner, Mühlwerth und weiterer Bundesräte an den Bundesminister für Inneres betreffend restriktiver Schutz unserer Staatsgrenze anstatt Willkommenskultur

Medienberichten zur Folge befindet sich aktuell knapp eine Million Zivilisten auf dem Weg nach Europa. Griechische Behörden haben nach der türkischen Grenzöffnung innerhalb von zwei Tagen mehr als 24.200 versuchte illegale Grenzübertritte verzeichnet. Die griechische Polizei setzte Tränengas und Blendgranaten ein, um dem Ansturm der Menschenmenge Einhalt zu gebieten.

Selbst wenn ihnen die Einreise auf legalem Wege nicht gelingt, besteht die Gefahr, dass tausende Migranten auf illegalen Schlepperrouten in die EU einsickern. Darüber hinaus scheint es fraglich, ob die griechischen Sicherheitskräfte dem immer größer werdenden Druck der sich in Bewegung setzenden Flüchtlingswelle aus Syrien noch lange standhalten werden können.

Trotz dieser prekären Situation, die auch auf Österreich unmittelbare Auswirkungen haben kann – siehe Flüchtlingskrise 2015 – vermag sich die derzeit amtierende türkis-grüne Bundesregierung nicht zu einer abgestimmten Position durchzuringen – zu tief sind die Gräben in dieser Frage. Für effektive Maßnahmen im Sinne eines restriktiven Grenzschutzes sind weder Bundeskanzler Sebastian Kurz noch Innenminister Karl Nehammer bereit. Im Gegenteil: eine in Nickelsdorf (Burgenland) geplante Grenzschutzübung von Bundesheer- und Polizeieinheiten soll vom Innenministerium vor wenigen Tagen abgesagt worden sein. Informationen dahingehend, wie die Österreichische Bundesregierung gedenkt, im Ernstfall die heimischen Grenzen wirksam zu schützen, bleiben Türkis und Grün weitgehend schuldig.

Dass die Österreichische Bundesregierung in der Frage der aktuellen Flüchtlingskrise nicht mit einer Stimme spricht, kann für Österreich verheerende Auswirkungen haben. Nur zu gut sind uns die verheerenden Bilder vom Herbst 2015 in Erinnerung: Grenzsturm auf der Murbrücke in Radkersburg, Menschenmassen in Spielfeld, devastierte öffentliche und private Einrichtungen und vieles mehr.

Darüber hinaus dürfen auch die mittel- und langfristigen Folgen der verhängnisvollen Politik der offenen Grenzen des Jahres 2015 nicht außer Acht gelassen werden. Die Migrationswelle hatte nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf das Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen des Landes, sondern belastete auch das Budget in einem ungeahnten und nicht vorhergesehenen Ausmaß. Auch in den Jahren danach verursachte die Migrationskrise von 2015 massive Mehrkosten, da ein großer Teil von asylberechtigten Personen Leistungen aus der Mindestsicherung bezog.

Die Bundesregierung ist daher gefordert, abschreckende und präventive Maßnahmen zu setzen, um den an der griechischen Grenze wartenden Migranten zu signalisieren: "No Way – versucht es erst gar nicht!"

Die Bundesregierung muss die Vorbereitungen zum Schutz der österreichischen Grenze nun rasch treffen. Im Gegensatz zum Jahr 2015 muss unser Land für einen derartigen Migrantenansturm gewappnet sein. Es darf nicht wieder vorkommen, dass Österreich völlig unvorbereitet – wie unter der damaligen SP/VP-Regierung – so einem Flüchtlingsstrom gegenüberstehen muss.

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden

### **Entschließungsantrag**

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass als abschreckende und präventive Maßnahmen sofort

1. verschärfte Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zur Republik Slowenien, Italien und Ungarn durchgeführt werden,
2. das Grenzmanagement sofort hochgefahren wird,
3. es zur Durchführung einer groß angelegten Grenzschutzübung nach Vorbild der 2018 stattgefundenen „Pro Borders“ Übung kommt, bestehend aus Soldaten, Polizisten sowie Behördenvertretern in Spielfeld, um entsprechende Erfahrungswerte zu generieren und für den Ernstfall gerüstet zu sein,
4. technischen Sperren an der Grenze vorbereitet werden, das heißt die baulich und infrastrukturell notwendigen Maßnahmen für einen wirksamen Grenzschutz zur Verhinderung illegaler Grenzübertritte sofort sichergestellt werden, und
5. sämtliche weiteren Maßnahmen gesetzt werden, um unsere heimischen Grenzen zu sichern und zu schützen.“



